



Der Welthandelsorganisation WTO stößt in vielen Ländern nach wie vor auf wenig Gegenliebe.

FOTO: DPA

KOMMENTAR

WTO-Treffen

Welthandel ist Chefsache

Von Christian Mihatsch

Dieses Jahr wurden drei komplexe und kontroverse Abkommen verabschiedet: die Vereinbarung zu den nachhaltigen Entwicklungszielen, ein Weltklimavertrag und die Transpazifische Partnerschaft (TPP), eine Freihandelszone für 40 Prozent der Weltwirtschaft. Die Welthandelsorganisation WTO schafft es dagegen nicht einmal die Förderung von illegalem Fischfang zu verbieten und feiert die Abschaffung von Exportsubventionen für Agrargüter als Erfolg – 60 Jahre, nachdem solche Beihilfen für Industriegüter illegal wurden.



Es ist klar, dass große Länder ihr Hauptaugenmerk auf regionale Handelsverträge wie TPP oder TTIP legen. Dies ist bedauerlich, da solche Übereinkommen nur die zweitbeste Lösung im Vergleich zu einem multilateral-globalen Ansatz sind, der für alle gilt. Das Klein-Klein von Nairobi zeigt aber, dass den Ländern eine Vision fehlt, wie der Welthandel im 21. Jahrhundert organisiert werden soll. Die Führer der Welt müssen die WTO-Verhandlungen in Zukunft zur Chefsache machen. Bei den Klimaverhandlungen in Paris haben sich 150 Regierungschefs von Merkel über Obama bis Xi persönlich für einen Erfolg eingesetzt. Der Welthandel liegt hingegen im besten Fall in der Verantwortung von Ministern. Das ist ein Fehler, denn ein freierer und damit gerechter Welthandel bringt Vorteile für alle.

► mihatsch@badische-zeitung.de

Verbot von Agrarexport-Subventionen

Chef der Welthandelsorganisation WTO spricht von echtem Fortschritt / Kein Kompromiss bei Streit über Doha-Handelsrunde

Von Christian Mihatsch und KNA

NAIROBI/CHIANG MAI. Nach schwierigen Verhandlungen haben sich die Mitgliedsstaaten der Welthandelsorganisation (WTO) am Wochenende in Nairobi auf den Abbau von Subventionen für Agrarexporte geeinigt.

Seit über 60 Jahren ist es verboten, den Export von Industriegütern zu subventionieren. Das soll nun auch für Agrarprodukte gelten. Dies ist die wichtigste Entscheidung des Ministertreffens der 163 Mitgliedsländer der Welthandelsorganisation WTO, das am Samstag in der kenianischen Hauptstadt Nairobi zu Ende gegangen ist.

Für WTO-Chef Roberto Azevedo ist das Subventionsverbot „das bedeutsamste Resultat im Bereich Landwirtschaft seit Gründung der WTO vor 20 Jahren“. Theoretisch sind diese, als besonders schädlich geltenden Subventionen von nun an verboten.

In einer Fußnote ist aber festgehalten, dass Länder, die den Export von Agrargütern subventionieren, eine Übergangsfrist erhalten. Damit wurde den Bedenken der Schweiz, Norwegens und Kanadas Rechnung getragen. Die Schweiz darf

den Export von Schokolade für fünf weitere Jahre unterstützen. Die meisten anderen Länder, darunter die EU, haben ihre Exportsubventionen schon vor Jahren abgeschafft. Um zu verhindern, dass Agrarexporte durch die Hintertür subventioniert werden, wurden in Nairobi zudem strengere Regeln für die Exportfinanzierung, staatliche Exportmonopole und Lebensmittelhilfen verabschiedet.

Erleichterungen für die ärmsten Länder

In Nairobi ist es auch gelungen, einige Handelsleichterungen für die ärmsten Länder der Welt, die LDCs (Low developed countries), zu beschließen. Güter, die zu einem Viertel in diesen Ländern hergestellt wurden, gelten nun als „Made in an LDC“ und profitieren von zoll- und quotenfreiem Zugang zu den Märkten der Industriestaaten. Entwicklungsländer, die dazu in der Lage sind, werden aufgefordert, ihre Anstrengungen zu verdoppeln, um den LDCs ebenfalls bevorzugten Marktzugang einzuräumen. Außerdem wurden bestehende Erleichterungen für LDCs beim Handel mit Dienstleistungen bis zum Jahr 2030 verlängert.

Auch die Erweiterung des Abkommens über den Handel mit Produkten der Infor-

mationstechnologie, kurz ITA2, wurde beschlossen. Damit können Tablet-Computer, Druckerpatronen oder Magnetresonanzenzgeräte zollfrei gehandelt werden. ITA2 deckt ein Handelsvolumen von 1300 Milliarden Dollar pro Jahr ab, rund zehn Prozent des Welthandels. Der Vertrag ist ein plurilaterales Abkommen, dem nur 53 WTO-Mitglieder angehören. Diese machen aber über 90 Prozent des Handels mit diesen Produkten aus. Sie gewähren die ITA2-Vorteile auch allen Ländern der Welt.

Keinen Erfolg hatten die Verhandlungen über ein Verbot von Subventionen für den Fischfang. Unterstützungszahlungen für Fischer, die „illegalen, unrapportierten und unregulierten“ (IUU) Fischfang betreiben, sollten verboten werden. Außerdem sollten Hilfen illegal sein, die „Fischbestände negativ beeinflussen, die bereits überfischt sind“. Aus Sicht der Umweltorganisation WWF bot sich damit den WTO-Mitgliedern „eine unwiderstehliche Gelegenheit, die Überfischung zu stoppen“.

Rund ein Drittel der globalen Fischbestände gilt als überfischt. Doch die WTO-Mitglieder ließen die Gelegenheit verstreichen. Enttäuscht publizierten daraufhin 28 Länder, darunter die Schweiz, aber nicht die EU, eine Erklärung, in der sie auf

solche Subventionen verzichten und deren Verbot sie einfordern.

Keine Lösung gab es beim Streit über die Doha-Runde. Die Industriestaaten wollen die seit dem Jahr 2001 bestehende Verhandlungsrunde beenden und neue Themen – wie Internethandel und Investitionen – in die WTO-Verhandlungen aufnehmen. Die meisten Entwicklungsländer hingegen wollen mit der Doha-Runde fortfahren, da sie davon Vorteile haben.

Gravierende Unterschiede zwischen USA und EU

Die Abschlusserklärung hält nun fest, dass „die Mitglieder unterschiedliche Ansichten haben“, wie weiter verhandelt werden soll. Aus Sicht des US-Handelsbeauftragten Michael Froman bedeutet dies: „Für die WTO begann in Nairobi eine neue Ära. Die WTO-Mitglieder sind nun frei, neue Themen zu berücksichtigen.“ Seine EU-Kollegin Cecilia Malmström folgte dieser Interpretation jedoch nicht: Das Communiqué „legt nichts a priori fest“. Diese Sicht vertritt auch Azevedo, der die WTO-Mitglieder aufforderte „einen Weg zu finden, wie die Verhandlungen endlich vorangebracht werden können“.

Kommentar

Hendricks will 5000 Euro je Elektroauto zahlen

HAMBURG (AFP). In der Bundesregierung mehren sich die Forderungen, den Absatz von Elektroautos über Kaufanreize zu fördern. „Wir brauchen steuerliche Anreize, etwa bei beruflich genutzten Wagen – und wir brauchen Prämien für Privatleute“, sagte Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) dem *Spiegel*. Zu Vorschlägen, eine Prämie von 5000 Euro pro Elektrofahrzeug einzuführen, sagte sie: „Das ist eine Größenordnung, über die man nachdenken müsste.“

Die Wirtschaftsverbände verlieren schleichend ihren Einfluss

Unter Merkels Kanzlerschaft mussten die Organisationen lernen, dass nicht der Spitzenverband um Rat gefragt wird, der am lautesten schreit

Von Roland Pichler

BERLIN. Wann immer die Präsidenten der großen Wirtschaftsverbände auftreten, achten sie darauf, dass ihnen kein unbedachtes Wort über die Lippen kommt. Ihre Reden lesen sie meistens vom Blatt ab, die Positionen sind von den Verbandszentralen abgestimmt. Wenn die Herren Kritik an politischen Entscheidungen und Politikern vorbringen, dann geschieht das zurückhaltend. Die Präsidenten wollen keine Schulmeister sein.

So war das zumindest in der Vergangenheit. Mittlerweile können sie ihren Ärger über die Politik der großen Koalition aber kaum verbergen. Als die drei Präsidenten vor Kurzem beim Arbeitgeberbertrag 2015 auf dem Podium saßen, wurde deutlich, wie unzufrieden die Wirtschaft mit der Regierung ist. „Was die große Koalition in der ersten Halbzeit abgeliefert hat, war nicht ausreichend“, sagte Ulrich Grillo, Präsident des Industrieverbandes BDI. Aus seiner Sicht streue sich die Politik Sand in die Augen. Dass die Konjunktur in Deutschland weiterhin gut läuft, liege in erster Linie am gesunkenen Ölpreis, niedrigen Zinsen und schwachem Euro.

„Die große Koalition hat es in der ersten Halbzeit verpasst, das Land stärker zu machen“, lautet Grillos Befund.

Der Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) Ingo Kramer äußerte sich zwar zu friedlich, was die Bundeskanzlerin und ihre Minister zur Eindämmung internationaler Krisen unternehmen. Doch in der Wirtschaftspolitik reiche es Kramer zufolge nur für Note vier. Härter geht Eric Schweitzer, Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK), mit den Berliner Plänen zur Erbschaftsteuerreform für Familienunternehmen ins Gericht: „Auf diesem Gebiet ist ausreichend noch gut.“

Dass die Cheflobbyisten murren und klagen, wäre nicht beunruhigend. Das gehört zum Geschäft. Selten zuvor machte sich aber so große Enttäuschung breit. Die Wirtschaft empfand zum Regierungsstart den Mindestlohn und die Rentenpakete als Zumutung, da die Gesetze zu höheren Arbeitskosten führen. Die Verbände nahmen diese Niederlage hin.

Zu Verdruss führt nun aber, dass die Koalition bis heute nur den Koalitionsvertrag abarbeitet – so, als habe sich die Welt nicht verändert. Die Aussichten, dass



Gilt als Hoffnungsträger: der zukünftige Hauptgeschäftsführer der BDA Steffen Kampeter.

FOTO: DPA

Union und SPD auch wirtschaftsfreundliche Gesetze auf den Weg bringen, schwinden. Stattdessen haben die Verbände vor allem damit zu tun, neue Belastungen abzuwehren. Die Regierung plant strengere Regelungen bei der Zeitarbeit und Werkverträgen. Kritisch sehen die meisten Unternehmen auch den Umstand, dass Sanktionen gegen Russland verlängert werden. Auch die Flüchtlingspolitik stößt auf Unverständnis. Auf der

Habenseite können die Spitzenverbände allein das Versprechen der Union verbuchen, dass es in dieser Wahlperiode keine Steuererhöhungen geben soll. Doch auch diese Zusage wird mit den Plänen zur Erbschaftsteuer unsicher.

Weil sie wenig erreichen, geraten die Verbandschefs unter Druck. In internen Sitzungen müssen sie sich immer öfter fragen lassen, warum ihr Einfluss schwindet. Mit dem Vorwurf, wenig für die Mitgliedsverbände erreicht zu haben, muss vor allem die BDA leben. Gegen ihren Rat wurden der Mindestlohn, die Mütterrente und die Rente mit 63 eingeführt. Allein mit dem Gesetz zur Tarifeinheit, das die Macht von Spartenverbänden begrenzt, konnte die BDA zuletzt punkten.

Unter Merkels Kanzlerschaft mussten die Wirtschaftsverbände lernen, dass nicht der Spitzenverband um Rat gefragt wird, der am lautesten schreit. Angela Merkel kommt es auf eine diskrete und vertrauensvolle Zusammenarbeit an. Sie will einbinden und sich auf Zusagen verlassen können. Öffentliche Widerworte kommen im Kanzleramt nicht gut an.

Arbeitgeberpräsident Ingo Kramer macht mit seinem rhetorischen Geschick bei Auftritten eine gute Figur. Der Präsi-

dent aus Bremerhaven ist aber konsensorientiert und geht Konflikte eher aus dem Weg. Sein Vorgänger Hundt nahm dagegen auch einmal in Kauf, sich in der Politik unbeliebt zu machen – indem er sich gegen den Atomausstieg aussprach.

Der BDA befindet sich im Umbruch. Der langjährige Hauptgeschäftsführer Reinhard Göhner scheidet zur Jahresmitte aus. Ihm folgt der frühere Finanzstaatssekretär und CDU-Abgeordnete Steffen Kampeter nach.

Kampeter könnte der Mann sein, der Bewegung in die verkrusteten Strukturen bringt. Mit Markus Kerber, Hauptgeschäftsführer beim BDI, pflegt er ein gutes Verhältnis. Beide Ökonomen kennen sich aus gemeinsamen Tagen im Bundesfinanzministerium. Sie wissen, dass sich einiges ändern muss.

Früher oder später wird eine Fusion kommen, sagen Verbandsinsider. Dreimal schon prüften die Spitzenverbände in für ein Zusammengehen. Immer wieder wurde der Plan verworfen. Dabei zeigt sich im Alltag stets von Neuem, wie ineffizient die Strukturen sind. So reisen die Funktionäre oft hintereinander zu Gesprächen nach Brüssel. Im Ausland versteht das niemand.